

# Umm al-Hiran: Die Geschichte eines Beduinendorfs in Israel

## Michal Rotem

Umm al-Hiran, eines der 35 Beduinendörfer im Negev, deren Existenz der Staat nicht anerkennt, soll geräumt und abgerissen werden, um Platz für eine jüdische Neuansiedlung zu machen. Bei einer Abrissaktion der Behörden ereignete sich eine Tragödie: Ein Zivilist und ein Polizist kamen ums Leben.

Am Mittwoch, den 18. Januar 2017, fand in den frühen Morgenstunden ein Polizeieinsatz in Umm al-Hiran statt: Hunderte von Polizist\*innen waren angerückt, um den behördlich angeordneten Abriss zahlreicher Wohnhäuser und anderer Gebäude sicherzustellen. Der Abriss war Teil des Vorhabens, das gesamte Dorf zu räumen und dem Erdboden gleichzumachen. Auch die Dorfbewohner\*innen waren an diesem Mittwochmorgen zugegen ebenso wie einige Aktivist\*innen, die aus Solidarität gekommen waren. Noch vor Sonnenaufgang entwickelte sich die Abrissaktion zu einer Tragödie: Zwei Männer – ein Zivilist und ein Polizist – kamen ums Leben.

Umm al-Hiran ist eines der 35 Beduinendörfer, deren Existenz der Staat Israel nicht anerkennt. Vor der Gründung des Staates Israel lebten die Bewohner\*innen von Umm al-Hiran in der Umgebung von Wadi Zubale im westlichen Negev. Nach der Staatsgründung wurden die Menschen, die nun israelische Staatsbürger\*innen geworden waren, gezwungen, ihre angestammten Ländereien zu verlassen. Im Rahmen der Regierungspolitik, die Beduinen

im östlichen Negev zu konzentrieren, und auf Anordnung der Militärregierung<sup>1</sup> (der alle Beduinen im Negev sowie auch alle anderen arabischen Staatsbürger\*innen Israels bis 1966 unterstellt waren – siehe auch Begriffserklärung im Glossar) wurden die Bewohner\*innen von Umm al-Hiran zwei Mal umgesiedelt. Mitte der 1950er Jahre erhielten sie die Anordnung, sich dort niederzulassen, wo sich heute das Dorf Umm al-Hiran befindet.

Seitdem leben die Dorfbewohner\*innen dort, ohne jede Form der öffentlichen Daseinsvorsorge. Weil das Dorf weder an das Wasser- noch an das Stromnetz angeschlossen ist, müssen die Dorfbewohner\*innen das Wasser selbst in Tanks herbeischaffen und Strom mit Generatoren und Solaranlagen erzeugen. Auch die lange Zufahrtsstraße zum Dorf müssen sie selbst instand halten. Um medizinisch versorgt zu werden und die Schule besuchen zu können, müssen die Dorfbewohner\*innen in die circa acht Kilometer entfernte Ortschaft Hura fahren.

Seit Anfang der 2000er Jahre, nachdem die Menschen also fast ein halbes Jahrhundert in Umm al-Hiran gelebt

haben, werden ihnen nun Räumungs- und Abrissanordnungen für ihre Häuser zugestellt. Erst im Nachhinein stellte sich der Grund für diese Maßnahme heraus: Auf Teilen des Geländes, auf dem sich zurzeit das Dorf befindet, soll eine neue jüdische Ortschaft mit dem Namen Hiran entstehen. Die Dorfbewohner\*innen leiteten umgehend rechtliche Schritte ein, um ihr Dorf zu retten. Doch der Planungsprozess für die jüdische Ortschaft Hiran wurde unbeirrt fortgesetzt und zum Abschluss gebracht. Im Mai 2015 wies das Oberste Gericht den Einspruch, den die Dorfbewohner\*innen mithilfe der Organisation Adalah eingelegt hatten, ab und entschied, dass der Staat das Dorf Umm al-Hiran räumen und die Dorfbewohner\*innen in die Beduinenortschaft Hura umsiedeln darf. Nachdem auch ein Antrag auf einer anderen gerichtlichen Ebene abgelehnt worden war, waren sämtliche rechtlichen Mittel ausgeschöpft. Das Oberste Gericht entschied darüber hinaus, dass dem Staat die Möglichkeit offensteht, die Bewohner\*innen von Umm al-Hiran zu vertreiben, obwohl diese das Land ursprünglich in Befolgung einer Militärregierung besiedelt hatten und nicht illegal besetzt, wie die Behörden fälschlich behaupten.

## Versuche der Kompromissfindung

Im Prinzip spräche nichts dagegen, den Beschluss zur Errichtung des jüdischen Ortes Hiran zu revidieren oder dessen Lage so zu verändern, dass das Beduinenort Umm al-Hiran dort bleiben kann. Die Dorfbewohner\*innen haben den Behörden verschiedene Lösungsvorschläge vorgelegt, die es ihnen als Gemeinde ermöglichen würden, weiterhin so zu leben und Landwirtschaft zu betreiben wie bisher. Unter anderem haben sie vorgeschlagen, die jüdische Ortschaft Hiran neben ihrem Dorf zu errichten oder das Dorf zu einem Viertel der neuen Ortschaft zu machen oder ihr Beduinenort an einem anderen, nahe gelegenen Platz neu zu errichten. Auch wäre es für die Behörden kein wirkliches Problem, die Häuser der Dorfbewohner\*innen in den Plan der neuen Ortschaft zu integrieren. Trotz all dieser Vorschläge bestehen die staatlichen Behörden darauf, die Dorfbewohner\*innen in die nahe gelegene Beduinenortschaft Hura umzusiedeln, in der es nicht genügend Grundstücke für sie gibt, sodass sie ihre bisherige Lebensweise, die auch Tierzucht und saisonale Landwirtschaft einschließt, aufgeben müssten. Die erzwungene Urbanisierung wird somit auch den Verlust eines wesentlichen Teils ihrer Lebensgrundlage zur Folge haben, ohne dass genügend alternative Arbeitsmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Im August 2015 begannen die Arbeiten zur Errichtung des jüdischen Ortes Hiran. Das Gelände wird seitdem vorbereitet und die Infrastrukturarbeiten sind in vollem Gange.

Im Laufe der Jahre übten die Behörden großen Druck auf die Bewohner\*innen von Umm al-Hiran aus, sodass einige von ihnen in die Umsiedlung nach Hura einwilligten. Als die Behörden im November 2016 den Abriss der Häuser androhten, gaben weitere Familien im Dorf dem Druck nach und erklärten sich bereit, nach Hura überzusiedeln. Sie waren gezwungen, ihre Tiere zu verkaufen, und mussten ihre Häuser selbst abreißen. Mitte Januar 2017 ordneten die Behörden den Abriss weiterer Wohnhäuser

und anderer Gebäude im Dorf an. Nachdem in der Nacht zum 18. Januar ein erneuter Versuch der Vertreter des Dorfes gescheitert war, mit den Behörden eine Übereinkunft zu erzielen, um den Abriss zu verhindern, kam es am frühen Morgen des 18. Januar zu besagtem Polizeieinsatz. Die angeforderten Polizeikräfte – Angehörige von Kampfseinheiten – sicherten die Häuser, um die Abrissanordnung durchzusetzen.

## Die Ereignisse vom 18. Januar 2017 und ihre Folgen

Kurz vor sechs Uhr morgens ging der Dorfbewohner Yacoub Abu al-Qiyan zu seinem Haus, das an diesen Tag abgerissen werden sollte. Er nahm persönliche Dinge, Dokumente und Wertsachen an sich und legte sie in sein neues Auto, das er einige Monate zuvor gekauft hatte. Abu al-Qiyan stieg in den Wagen und entfernte sich im Schritttempo von seinem Haus. Innerhalb weniger Sekunden begannen die Polizeikräfte daraufhin, mit scharfer Munition in Richtung Auto zu schießen. Gemäß Videoaufnahmen und Zeugenaussagen von Dorfbewohner\*innen und Aktivist\*innen, die gekommen waren, um die Dorfbewohner\*innen zu unterstützen, verlor Abu al-Qiyan aufgrund der Schüsse die Kontrolle über das Auto, bevor dieses den Polizisten Erez Levi überfuhr, der daraufhin sofort starb.

Aus dem Obduktionsbericht geht hervor, dass von den Dutzenden Kugeln, die auf Abu al-Qiyan abgefeuert wurden, nur zwei getroffen haben. Eine Kugel drang durch das Auto und zerschmetterte das Knie des Beins, das das Gaspedal bediente; und die zweite drang in seinen Oberkörper ein. Aus dem Obduktionsbericht geht ferner hervor, dass Abu al-Qiyan erst 20 bis 30 Minuten nach den Schüssen an seinen Verletzungen starb. Die zahlreichen Polizeikräfte vor Ort kümmerten sich nicht um ihn und riefen keine ärztliche Hilfe, die sein Leben hätte retten können.

Abu al-Qiyan war 47 Jahre alt, als er ums Leben kam. Er war ein anerkannter und geschätzter Lehrer für Mathematik und Naturwissenschaften an der al-Salam Schule in Hura. In seiner Freizeit züchtete er Schafe. Seine Mutter und sein Bruder erzählten, dass er sie am späten Abend vor seinem Tod besucht habe. Als sie ihn fragten, was er machen würde, falls es zum Abriss komme, versprach er, dass er alles zurücklassen und sofort zum Haus der Mutter in Hura kommen würde.

Wenige Minuten nach den Schüssen veröffentlichten die wichtigsten israelischen Medien die Bekanntmachungen der Polizei, wonach in Umm al-Hiran ein «Anschlag mit einem Fahrzeug» verübt worden sei – Abu al-Qiyan's Bild wurde veröffentlicht und mit «der Terrorist» untertitelt. Die Polizei hatte zu diesem Zeitpunkt keinerlei Grundlage für ihre Behauptungen, und niemand von den Medienleuten hatte sich mit den Dorfbewohner\*innen in Verbindung gesetzt, um die Geschichte zu überprüfen. Erst im Laufe des Nachmittags, als die Polizei von sich aus ein Video veröffentlichte, das das Geschehen aus der Luft zeigt, begannen führende Journalist\*innen, die Version der Polizei infrage zu stellen. Diese Zweifel verstärkten sich angesichts der Obduktionsergebnisse und Augenzeugenberichte und wurden nach und nach zur Gewissheit. Doch die

Falschmeldungen waren in der Welt, und die Hetze gegen die Bewohner\*innen von Umm al-Hiran und die beduinische Bevölkerung in Israel durch führende Minister\*innen, den Polizeichef und andere beeinflussen die Diskussion um Umm al-Hiran und die Beduinen insgesamt weiter.

Die Ereignisse in Umm al-Hiran sind ein eklatantes und tragisches Beispiel für die Situation von 35 Beduinendörfern im Negev, die aus vielen verschiedenen Gründen in Gefahr sind, zwangsweise geräumt zu werden. Auf dem Boden von einigen dieser Dörfer ist die Errichtung von jüdischen Ortschaften geplant; andere befinden sich auf den geplanten Routen der Autobahn 6, die ganz Israel von Norden nach Süden durchquert, oder anderer Schnellstraßen. Dann gibt es Dörfer, die verschwinden sollen, weil sie in militärisch genutzten Gebieten liegen, bei anderen verlangt der Staat, dass sie geräumt werden, obwohl es keinerlei Pläne für eine anderweitige Nutzung gibt.

Übersetzt von **Ursula Wokoock Wollin**

**Michal Rotem** ist die Koordinatorin der Abteilung Forschung und Advocacy im Negev-Koexistenz-Forum für gesellschaftliche Gleichberechtigung. Sie hat einen M.A. in Politikwissenschaft und studiert zurzeit Jura.

## Anmerkungen

- 1 Begriffserklärung: Militärregierung  
Nach der Staatsgründung 1948 erhielt die innerhalb Israels verbliebene palästinensische Bevölkerung die israelische Staatsbürgerschaft, wurde aber einer Militärregierung unterstellt. In diesem Zusammenhang wurden «Sperrzonen» errichtet: Ortschaften und Stadtviertel, in denen Palästinenser\*innen wohnten, sowie relativ dünnbesiedelte Gebiete, insbesondere im Negev. Palästinenser\*innen, die außerhalb dieser «Sperrzonen» lebten, wurden in eine solche gebracht. Die «Sperrzonen» unterstanden

## Was nach dem Räumungsversuch Umm al-Hirans geschah

Nach den tödlichen Vorfällen bei der gewaltsamen Räumung am 18. Januar 2017 haben die israelischen Behörden im März 2018 bekanntgegeben, dass sie im April das gesamte Beduinen-Dorf Umm al-Hiran abreißen lassen wollen. Im Laufe des April haben einige Bewohner\*innen von Umm al-Hiran eine Vereinbarung mit den israelischen Behörden bezüglich einer späteren Umsiedlung in das unweit gelegene Beduinen-Dorf Hura unterzeichnet, wo sie Grundstücke zum Hausbau erhalten sollen, sowie finanzielle Entschädigungen für die Grundstücke, die sie verlassen müssen.

Während Vertreter\*innen staatlicher Stellen sich damit brüsteten, ein Übereinkommen mit den Bewohner\*innen erreicht zu haben, und die Vertragsvereinbarungen als großzügiges Entgegenkommen vonseiten des Staates bezeichneten, sieht die Wahrheit wohl etwas anders aus. Offenbar reichen die vertraglich festgelegten Mittel und Entschädigungen nicht aus, um die tatsächlichen Kosten der Umsiedlung abzudecken. Bewohner\*innen von Umm al-Hiran berichteten, dass sie vom Staat genötigt wurden, das Angebot anzunehmen, ein Angebot, das sie in der Vergangenheit konsequent abgelehnt hatten. «Wir haben diese Vereinbarung mit Tränen in den Augen unterschrieben,» erklärt einer der Bewohner und dass der Druck, der vom Staat ausgeübt wurde, enorm gewesen und bei einigen Besuchen durch die Präsenz von Polizeikräften noch verstärkt worden sei. «Wir wurden dazu gezwungen, zu unterschreiben. Sie haben uns gesagt: Wenn Ihr nicht unterschreibt, kommen wir und reißen die Häuser ab.» Der vertraglich zugesicherte Neubau der Häuser in Hura verzögerte sich jedoch. Der behördlich angesetzte Umsiedlungstermin (Ende September 2018) konnte von daher nicht eingehalten werden.

Da die Evakuierten ihre angestammten Wohnstätten in Umm al-Hiran bis Ende August 2018 zu räumen hatten, verpflichtete sich der Staat in einer schriftlichen Vereinbarung, keine Abrissverfügungen für die jetzt notwendig gewordenen provisorischen Behausungen zu erlassen, die in dem neuen Wohngebiet errichtet werden mussten. Im Vertrauen auf die schriftliche Vereinbarung begannen die Bewohner\*innen von Umm al-Hiran Ende Juli mit der provisorischen Bebauung des ihnen zugewiesenen neuen Geländes in Hura. Doch am Morgen des 29. Juli 2018 erschienen daraufhin Inspektoren des Ausschusses für Regionalplanung und Bauwesen Ost-Negev und verfügten einen Arbeitsstopp. Zudem drohten sie an, die von anderer staatlicher Stelle vertraglich erlaubten provisorischen Bauten im kommenden Jahr abreißen zu lassen. Die Gängelung der Bewohner\*innen von Umm al-Hiran nimmt kein Ende.